



Zahlreiche Beispiele der Aktionseinheit weisen Weg

Demokratische Veränderungen in Westdeutschland und Westberlin können nur durch die Aktionseinheit bzw. Einheitsfront der demokratischen Kräfte, besonders der Arbeiter und Studenten, verwirklicht werden. Wird diese Grundsatzentscheidung gerade jetzt in den Wochen der großen Aktionen in der Praxis realisiert?

In den Tagen des Protestes gegen den Mordanschlag auf Rudi Dutschke unterstützte der Bezirksrat der IG Druck und Papier in Darmstadt die Forderungen der Studenten gegen die etablierte Macht. Auch auf dem Landesparteitag der IG Druck und Papier in Regensburg erklärten sich zahlreiche Redner mit den Studenten solidarisch. Zur gleichen Zeit stellten der Vorsitzende des Jugendausschusses der IG Chemie, Werner Bischoff, und des SDS-Bundesvorstandesmitglied Herbert Lederer auf einem Podiumsgespräch in Essen fest, das hervorragende Merkmal der Aktionen gegen Springer sei die Aktionseinheit zwischen jungen Arbeitern und Studenten. „Es gibt bei genauer Betrachtung eine Vielzahl von Berührungspunkten zwischen den Gewerkschaften und den Studenten“, schrieb die Gewerkschaftszeitung.

Einen Höhepunkt erreichten die gemeinsamen Aktionen am 1. Mai in Westberlin, beherrschte ein Riesenplakat mit dem Text „Einheitsfront – nicht getrennt unterliegen“ den Demonstrationszug, in dem auf vielen Plakaten und Transparenten auch diese Losungen zu lesen waren: „Stützt die antifaschistische Einheitsfront“, „Arbeiter und Studenten stehen zusammen“, „Arbeiter und Studenten gemeinsam gegen Notstandsgesetze“, „Gleiche Bil-

dungschancen für alle“. Der Gemeinsinn der Losungen glich der Demonstration: Arbeiter marschierten neben Studenten, Sozialdemokraten neben Mitgliedern der kirchlichen Hochschulen, Fabrikarbeiter neben Mitgliedern der FDJ-Westberlin. Auf dem Frankfurter Römer demonstrierten 8000 Arbeiter und Studenten gemeinsam unter einem Meer von roten Fahnen und Transparenten. In Bochum verteilten Studenten der Ruhruniversität Flugblätter, in denen sie sich mit den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse solidarisch erklärten. Heinz Klunker, Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, rief unter großem Beifall in München aus: „Ich empfinde für die Unruhen der Studenten mehr Sympathie als gegenüber den Bürgern, die in dem Nachbarland NPD gewählt haben.“

Mit einem Aufruf an die jungen Arbeiter und Angestellten, Schüler und Studenten in der Bundesrepublik, gemeinsam den Kampf gegen Neofaschismus und Notstandsgesetze, für Frieden und das Recht der Jugend auf Mitbestimmung in Betrieb, Schule, Staat und Wirtschaft zu führen, endete am 5. Mai in Essen der Gründungskongress der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Kurz darauf gründeten Gewerkschafter und junge Akademiker einen „Arbeitskreis Arbeiter und Studenten“. Auf dieser Versammlung, die unter dem Thema „Notstand oder Mitbestimmung in Betrieben und Universitäten“ stand, beschloss 1000 Arbeiter und Studenten, gemeinsam weitere Veranstaltungen und Aktionen vorzubereiten. Auf der 2. Jugendkonferenz der westdeutschen IG Metall am 8. Mai erhielt Horst Lehnert von ASFA Köln

für seinen Appell an die jungen Arbeiter, sich nicht gegen die Studenten auszuspielen zu lassen, den stärksten Beifall von den zahlreichen Begrüßungsrednern.

Als nächster gravierender Einschnitt des gemeinsamen Auftretens prägte sich der Streikmarsch am 11. Mai ein. Am Vorabend fand in der Universität Bochum die erste Arbeiter- und Studentenkonferenz des Ruhrgebietes statt, auf der 300 Studenten und Arbeiter für den Kampf gegen Notstandsgesetze, gegen die USA-Barbarei in Vietnam, gegen die Retuschierung der Bundesrepublik und für wirkliche Mitbestimmung in den Betrieben eintraten. Mit der Sternmarschdemonstration hat die junge Generation eine Brücke zu den Gewerkschaften geschlagen, stellte Prof. Abendroth in einer Veranstaltung des SDS unmittelbar nach dem Streikmarsch in der überfüllten Bonner Beethovenhalle vor 7000 Notstandsgegnern fest. Mit lebhaftem Beifall und Schwenken roter Fahnen wurde die Forderung Prof. Abendroths aufgenommen, beim Ausbau des Bündnisses der demokratischen Widerstände sich besonders auf die Gewerkschafter zu stützen.

In diesen Tagen der forcierten Durchsetzung der Notstandsgesetze wurde die Einheitsfront zum beherrschenden Merkmal der Aktionen. An den Universitäten in Frankfurt, Hamburg und Göttingen hielten die Studenten wie bei den bestreikten Großbetrieben Streikposten mit roten Armbinden aufgestellt. In der Bodumer Universität wurde während einer Beratung mit Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitern eine „Ruhaktion gegen Notstandsgesetze“ gegründet. Der Münchener DGB und zahlreiche Studenten- und Schülerorganisationen beschlossen die Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses gegen die Notstandsgesetze. In dieser Woche standen die Studenten vieler Hochschulen in einer Front mit streikenden Arbeitern gegen die dritte Lesung der Notstandsgesetze.

Springers Klokken dementsprechend verkauft: „Was tut sich da für ein Abgrund von Gesinnungskumpeln auf...“ – „Jetzt wird aufgeräumt!“ – „Was tut Bonn gegen Meinungsfreiheit?“ – „Und jetzt gibt es den Wunderschicksal der Revolution – in Berlin, in Bremen, in Freiburg, in Bochum, in Frankfurt... Schlafen unsere Richter? Schlafen unsere Politiker?“ Mit solchen Parolen werden Millionen „Bild“-Leser täglich eingedeckt.

In der Wochenzeitung „Die Zeit“ gibt ein Mitglied der außerparlamentarischen Opposition Frankfurts auf die Frage, ob er sich eine Solidarisierung der Arbeiterklasse mit der Opposition vorstellen könnte, eine recht charakteristische Antwort: „Eine spontane Solidarisierung nicht. Wer die Welt jahrelang durch die Bild-Zeitung zu interpretieren gewohnt war, von dem ist nicht zu erwarten, daß er von heute auf morgen zu denken anfängt. Die Behinderung der Auslieferung von Springer-Zeitungen konnten nur Anstöße für demokratische Erziehungs- und Aufklärungsprozesse sein.“

Noch ist Frankreich nur Vorbild

Obwohl die obigen Beispiele nur die konzentrierte Auswahl einer immer umfangreicher werdenden Bewegung darstellen, sind Westdeutschland und Westberlin von einem zweiten Frankreich noch ein Stück entfernt. Die Notstandspolitik und Neofaschismus wissen um die Gefahr, die ihnen von der großen Aktionseinheit droht. Noch haben sie alle Machtmittel und die Manipulationsmaschinerie eines Springer in der Hand. Noch können sie den Prozess verzögern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

„Schnell zupackende Anwendung der Strafparagrafen – beschleunigte Aburteilung – stilles Zusammenwirken von Polizei und Justiz – Beseitigung der Seuchenherde in den Universitäten“ hetzte der „Rheinische Merkur“. NP-Thunder darf ungestört die rechten Kräfte anheizen: „Wenn ich Bundeskanzler wäre, würde ich, was ich mit den Studenten tue.“ Innerhalb von 48 Stunden wären die „Rädelstümer und

Mitläufer zu mehreren Jahren Gefängnis und Zuchthaus verurteilt“. Benda versucht den beaven Bundesbürger mit einem „Weißbuch“ über die demokratische Studentenschaft zu schrecken. „Die Welt“ assistiert dazu, das gesammelte Material „rechtfertigt vollkommen den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit und reiche theoretisch ohne jeden Zweifel für ein Verbot der Studentenorganisation aus“.

Strauß persönlich rief vor der CSU-Betriebsversammlung Oberbayern zur Verdrängung des Terrors gegen die demokratische Opposition in Westdeutschland auf. Er versuchte dabei die Öffentlichkeit, insbesondere die Arbeiterschaft, von der demokratischen Bewegung zu trennen und behauptete: „einige Revolutionsplaner, deren Namen ich nennen könnte“, hätten die Absicht, in Westberlin eine Räte-republik zu bilden. „Radikale“, so hetzte Strauß, wollten die Arbeiter in Not stürzen. Das Ganze wird von

HOCHSCHULEN DDR

Gemeinsame Bemühungen um modernes Hochschulwesen

Die im Rahmen des Kulturabkommens zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen gegründete gemeinsame Kommission für die Modernisierung des Hochschulwesens hielt vom 12. bis 13. Mai an der Technischen Universität Dresden eine Arbeitstagung ab. Diese Tagung, der übliche Veranstaltungen an der TH Karl-Marx-Stadt und an der Leipziger Universität folgten, diente wie alle Bemühungen der Kommission dazu, den entsprechenden Ministerien beider Länder Arbeitsgrundlagen für neue technische Standards auszuweisen zur weiteren Effektivierung des akademischen Unterrichts an den Hochschulen zu schaffen. Die Expertenkommission wird von polnischer Seite vom Rektor der TH Gliwice, Prof. Dr. Szaba, und für die DDR von Prof. Widmann von der Karl-Marx-Universität Leipzig geleitet.

UZ 23/68, Seite 6

Die führende Position Amerikas auf dem Gebiet der Physik wird demnach an die Sowjetunion und möglicherweise an Westeuropa übergehen. Diese Feststellung traf Prof. Dr. M. L. Goldberger von der Princeton University auf dem Symposium für Hochenergie-For-

USA verliert führende Rolle in der Physik

sung, das kürzlich von der Amerikanischen Nationalen Akademie der Wissenschaften veranstaltet wurde. Wie die „New York Times“ (25. 4.) dazu berichtete, habe die Diskussion gezeigt, daß diese Ansicht auch von den Anwesenden geteilt wurde.

Die Ursachen für solche Entwicklung liegen in der aggressiven Politik der USA begründet. In der Diskussion wurde festgestellt, daß durch die Kürzung der staatlichen Zuwendungen und durch die Einberufung von Spezialisten zum Militärdienst jeglicher Fortschritt auf diesem wissenschaftlichen Gebiet unmöglich gemacht wird.

AUSLAND

Abkommen zwischen UdSSR und Dänemark unterzeichnet

Die UdSSR und Dänemark haben vereinbart, Delegationen von Kernforschern auszutauschen. Ein entsprechendes Abkommen, das in der sowjetischen Hauptstadt unterzeichnet wurde, sieht ferner den Austausch von Wissenschaftlern auf den Gebieten des Reaktorbaus, der Kernphysik, der Nutzung der Kernstrahlung und der Isotope in der Medizin, der Biologie, der Industrie und der Landwirtschaft vor.

Sowjetische und finnische Wissenschaftler arbeiten zusammen

Finnland und die UdSSR wollen ihre wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit intensivieren. geht aus einem letzte Woche veröffentlichten Kommuniqué über eine Tagung der entsprechenden gemein-

WELT DER WISSENSCHAFT

Ein lesender Automat

Das erste Industriemuster des automatischen Lesegerätes „Ruta 701“ wurde in der statistischen Verwaltung der Litauischen SSR erprobt. Das Gerät wurde von litauischen Kybernetikern in Zusammenarbeit mit Konstrukteuren des rechen-technischen Betriebes „Sigma“ (Vilnius) gebaut.

„Ruta 701“ kann innerhalb einer Sekunde 200 gedruckte und handgeschriebene Zeichen lesen. Der Automat sucht höchstens einen Fehler auf eine Million Zeichen. Er erkennt lateinische Schriftzeichen, ohne besondere Anforderungen an die Papierqualität oder die Ausführung der handschriftlichen Zeichen zu stellen. Das Gerät erkennt 14 Symbole, mit denen einzelne Operationen gekennzeichnet werden.

Automat als Mutterschwein

Ein Automat für die Ferkelaufzucht wurde von Dr. James Lecce an der North Carolina State University in Raleigh entwickelt. Der Wissenschaftler meint, daß dieses Gerät die Schweinefarm in eine Massenproduktionsindustrie verwandeln könnte, etwa so wie der Brutkasten und Brüter die Hühnerproduktion erweitert.

Der Automat nimmt die Ferkel bei der Geburt in Empfang, füllt sie in einer isolierten Umgebung und erzeugt Tiere von unübertroffener Gesundheit und Qualität. Diese Ferkel wachsen anfangs etwas langsamer als die von der Mutter aufgezogenen Tiere, aber sie holen das in den ersten zehn Tagen auf. Während der ersten beiden Lebenswochen zeigen diese Ferkel ein verblüffendes Futterumsatzverhältnis, indem sie 1,7 Gramm Gewicht für jedes Gramm an aufgenommener Nahrung zunehmen. Zwischen der vierten und fünften Woche, nachdem sie von der Maschine entfernt und auf eine Diät von Milch und Futter gesetzt worden waren, nahmen die Ferkel täglich 1,3 Pfund zu. Der Automat schaltet praktisch die Ferkelsterblichkeit aus und erzeugt keine Zwergschweine. Die Tiere sind frei von Krankheitserregern, die bei Ferkeln, die in einer freien Umgebung aufgezogen werden, alltäglich sind. Die Anzahl der gefütterten Ferkel ist nicht abhängig von der begrenzten Saugkapazität oder dem Umfang und der Länge des Saugens. Die Ferkelproduktion je Sau könnte theoretisch auf zwei oder drei Würfe erhöht werden und jährlich 40 Ferkel übersteigen an Stelle von jetzt 14 bis 20, behauptet Dr. Lecce.

Rückgratverletzung läßt Säuglinge sterben

Verletzungen an der Wirbelsäule sind wahrscheinlich die Ursache für den unaufgeklärten Tod Tausender von Neugeborenen. Diese Feststellung machte der amerikanische Pathologe Dr. Abraham Towbin, nachdem er systematische Autopsien an einer großen Anzahl von Säuglingen vorgenommen hatte, deren Todesursache nicht hatte erkannt werden können.

Als Ursache für den unerwarteten Tod von Babys würden fälschlicherweise häufig Lungenentzündungen und Erstickungen angegeben. Tatsächlich erwecken die Symptome bei einer Wirbelsäulenverletzung den Eindruck solcher Erkrankungen. Die Verletzung tritt meist in Form von Blutungen innerhalb des Rückgrates unterhalb des Kopfes auf. Sie allein sei zwar noch nicht tödlich. Vielmehr trete der Tod durch die dabei entstehenden Querschnitten der Nervenstränge und der daraus resultierenden Einstellung der Atmung ein. Die mögliche Ursache für solche Rückgratverletzungen sieht Dr. Towbin in dem großen Gewicht des Kopfes im Verhältnis zum übrigen Körper der Neugeborenen. Die meisten Todesfälle treten bei Babys im Alter zwischen zwei und vier Monaten auf.

Atomherzen statt Transplantation

In Kürze werden 128 mit Atomenergie getriebene künstliche Herzen zur Verfügung stehen und einen ausgezeichneten Ersatz für die bisher unternommenen Transplantationen darstellen, kündigte der Leiter der amerikanischen Atomenergieforschung, Nobelpreisträger Prof. Glenn T. Seaborg beim 2. Panamerikanischen Kongress für Radiochemie in Mexiko an. Seaborg betonte, daß diese Herzen gegenwärtig bereits eingehend erprobt und getestet werden. Nähere Angaben zur Funktionsweise wollte er jedoch nicht machen.

samen Kommission in Helsinki hervor. Unter anderem sollen gemeinsame Symposien veranstaltet, Praktikanten in Betriebe und Forschungseinrichtungen beider Länder entsandt und Informationen ausgetauscht werden. Finnische und sowjetische Wissenschaftler und Techniker wollen künftig auf den Gebieten der Metallurgie, des Schutzes des Finnischen Meerbusens vor Verunreinigung, der Reinigung von Trink- und Abwasser sowie der Landwirtschaft, der Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie und der Geologie zusammenwirken.

Arbeiter und Studenten streiken in Trient

Starke Polizeieinheiten gingen am vergangenen Sonnabend in der italienischen Stadt Trient brutal gegen streikende Arbeiter und Studenten vor. Mehrere Demonstranten erlitten Verletzungen, unter ihnen der Provinzsekretär des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CISL), Giuseppe Mattioli. Aus Protest gegen das Vorgehen der Polizei traten die Studenten der Stadt am Wochenende in einen Vorlesungsstreik. Alle Gewerkschaftsorganisationen riefen für den 29. Mai in Trient den Generalstreik aus.

Die Hochschulen verändern ihr Gesicht

Gründungskonzeption für den Sektor der TU beraten

Der Senat der Technischen Universität Dresden hat die Gründungskonzeption der Sektion der Fertigungstechnik und Werkzeugmaschinen beraten. Über einstimmend wurde dabei auf die besondere Aufgabe dieser Sektion verwiesen, entsprechende Anforderungen der metallverarbeitenden Industrie künftig die Diplomingenieure auszubilden, die in der Praxis vielseitig einsetzbar sind. Das Hauptergebnis der bisherigen Arbeit ist eine einheitliche Fachstudienrichtung, in der bis zum 6. Semester Fertigungs-, Betriebs- und Arbeitsingenieure gemeinsam ausgebildet werden. Nach Abschluß dieses Fachstudiums wird der Student befähigt, die erworbenen Fähigkeiten im Spezialstudium anzuwenden. Die letzte Phase der Ausbildung ist besonders eng mit den Forschungsaufgaben der Sektion für die Industrie verknüpft.

Durch die Sektionsbildung wird erreicht, daß im Lehr- und Übungsstoff keine Überschneidungen mehr auftreten. Den Studenten werden neueste Vorlesungen, wie Automatisierungstechnik, Datenverarbeitung, Kybernetik oder Operationsforschung, problemorientiert geboten. Neben einer neuen Qualität in der Ausbildung gewährleistet die Sektion auch eine wesentliche Konzentration der Forschung. So werden vier Forschungskomplexe gebildet, deren Thematik mit den entsprechenden Betrieben abgestimmt wurde. Jeder dieser Komplexe – Autotechnik, Fiedeltechnik, Führungsbahnen und pneumatische Meßtechnik – bearbeitet ein Kollektiv von Wissenschaftlern, Assistenten und Studenten.

Vertragsforschung der PH Potsdam

Zwölf Kooperationsverträge verbinden die Pädagogische Hochschule Potsdam mit wichtigen Betrieben der Volkswirtschaft. Durch die Konzentration auf zahlenmäßig zwar geringere, aber komplex angelegte Forschungsthemen erhöhen die an den Forschungen beteiligten Wissenschaftler, Studenten und Betriebe die Effektivität ihrer Arbeit. Gemeinsam mit dem VEB Halbleiterwerk Frankfurt an der Oder forschen Lehrende und Lernende der Fachrichtungen Physik und Chemie auf dem Gebiet der Entwicklung und der Eigenschaften organischer Halbleiter. Ein anderes großes Thema stellen sich die Studenten und Wissenschaftler in Kooperation mit der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften. Beide Partner befassen sich mit der Herbizidforschung. Chemische Forschungen erfolgen in Zusammenarbeit mit dem VEB Laborchemie Apolda, dem VEB Fettchemie Karl-Marx-Stadt und dem VEB Filmfabrik Wolfen. Ausgangspunkt aller Verträge ist es, daß sich neben den Wissenschaftlern auch zahlreiche Studenten an den Forschungsarbeiten beteiligen können, um sowohl Nutzen für ihr Fachgebiet zu erzielen als auch an eine auf hohem Niveau stehende wissenschaftlich-produktive Tätigkeit herangeführt zu werden. Die Wissenschaftler, die sich den Vertragsforschungen zuwenden, verbinden diese Tätigkeit meist mit der Promotion oder Habilitation.

Hochschule für Verkehrswesen konzentriert

Auf die tiefgreifenden Veränderungen im Transport- und Nachrichtenwesen und deren Rückwirkung auf die Lehr-, Erziehungs- und Forschungsarbeit an der Deutschen Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“ wies deren Rektor Prof. Dr. Müller in einem Gespräch zur sozialistischen Hochschulreform hin. Der Wissenschaftler nannte in diesem Zusammenhang den Transformationswandel im Verkehrswesen, den Verkehrsträgerwechsel, die Weiterentwicklung der elektronischen Datenverarbeitung sowie den Komplex des Container-Verkehrs, der in seinen Auswirkungen weit über den Bereich des Transportwesens hinausgeht.

Die Hochschule sehe ihr Anliegen zur Verwirklichung der sozialistischen Hochschulreform vor allem darin, die Aus- und Weiterbildung der Studenten und Wissenschaftler in noch stärkerem Maße als bisher auf den Hochstand in der Welt auszurichten, ihre Tätigkeit auf die profilbildenden Zweige zu konzentrieren und dafür zu sorgen, daß wissenschaftliche Erkenntnisse noch schneller in die Praxis überführt werden. Dieses geschieht unter strikter Beachtung der prognostischen Entwicklung des Transport- und Nachrichtenwesens. Zur Lösung dieser Aufgaben sollen an der Hochschule für Verkehrswesen nunmehr zehn Sektionen gebildet werden, in denen verschiedene Fachgebiete bzw. benachbarte Disziplinen zur Lösung gemeinsamer Aufgaben zusammengefaßt sind. Diese Sektionen werden an die Stelle der derzeitigen Fakultäten und wissenschaftlichen Abteilungen treten.